

Parteien

Vorbereitungsskript

Weitere Dokumente zur Prüfungsvorbereitung unter
www.fernabitur.com

Dieses Skript entstand im Zuge der Vorbereitung auf die mündliche Abiturprüfung im Fach Gemeinschaftskunde zum Thema „Parteien“. Es handelt sich dabei um kurze Übersichten und Zusammenfassungen über die zentralen Themengebiete wie z.B. „Funktionen von Parteien“, „Parteien und Medien“, „Bürgerinitiativen“, „Parteienverdrossenheit“, etc. Die Informationen stammen u.a. aus dem Internet, der Tagespresse sowie aus Fachbüchern.

- Parteienstaat oder Parteiendemokratie

Kritiker bemängeln, dass sich die Parteien zu einem sechsten Verfassungsorgan haben
„Staat als Beute der Parteien“

Die ursprüngliche Parteiendemokratie ist im Laufe der Zeit zum Parteienstaat entartet

Unbestritten ist: moderne Demokratien brauchen Parteien

Der Begriff „Parteienstaat“ suggeriert jedoch, dass der politische Willensbildungsprozess von den Parteien monopolisiert wird

Kernfrage: sind die Parteien *Mitwirkende* in diesem Prozess oder die eigentlichen *Träger*?

- Parteienstaatslehre von Leibholz

die westlichen Demokratien haben sich vom **liberal-repräsentativen Parlamentarismus** (partei-feindliche Grundhaltung) zum **Parteienstaat** (Bindung der Abgeordneten an Parteien, Fraktionszwang) gewandelt

Das Grundgesetz legitimiert den Parteienstaat verfassungsrechtlich

In der Verfassung der Weimarer Republik wird der Begriff der Partei nur einmal am Rande und im abwehrenden Sinne gebraucht (Verfassung sah Parteien nicht vor).

Freies Mandat (im Gegensatz zum imperativen Mandat) im Art. 38 GG ist eigentlich ein Widerspruch zum Parteienstaatsprinzip, da das freie Mandat eigentlich ein Bekenntnis zum liberalen Parlamentarismus ist

Parteienstaat funktioniert nur in der **Dreifaltigkeit von Volk, Parteien und Staat**

- Weniges sprach nach dem Zweiten Weltkrieg dafür, dass sich schon bald ein gefestigtes Parteiensystem herausbilden würde. Man erwartete ein zersplittertes Vielparteiensystem, ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg. Nach einer anfänglichen Parteigründungswelle (Aufhebung der Lizenzierungspflicht) war bereits Ende der fünfziger Jahre ein stabiles (Drei-)Parteiensystem entstanden, d.h. die Parteien waren als eigentliche Träger der politischen Willensbildung anerkannt.

- Ist Berlin (Bonn) Weimar?

Diese Frage tauchte oft auf: Anfang der fünfziger Jahre, als sich das Parteiensystem der Bundesrepublik aufzuspalten begann; Ende der sechziger Jahre mit dem Einzug der NPD in einige Länderparlamente; Anfang der achtziger Jahre mit den Grünen; Ende der achtziger Jahre mit den Republikanern im europäischen Parlament; und schließlich mit dem Hinzukommen der PDS

Stichwort: „*Schönwetterdemokratie*“

Argumente gegen diese Behauptung:

- die Alliierten unterstützten die junge Parteiendemokratie nach Kräften, was nach dem Ersten Weltkrieg nicht der Fall war
- Lizenzierungszwang bevorteilte die Parteien der ersten Stunde
- Fünf-Prozent-Klausel bevorteilte große Parteien
- die Zahl der systemoppositionellen Parteien (zu denen teilweise auch die PDS gezählt wurde) ist wesentlich geringer als in der Weimarer Republik
- das heutige Parteiensystem ist wesentlich schwächer fragmentiert als das der WR
- der Konzentrationsprozess vollzog sich in der BRD zu Gunsten der politischen Mitte, während die Weimarer Republik hauptsächlich an der Stärke der Radikalen von rechts und links scheiterte (weniger an der Vielzahl der Parteien)

Fazit: **der Übergang vom moderaten zum polarisierten Pluralismus hat nicht stattgefunden**

- Partei und Fraktion im Spannungsfeld zwischen freiem und imperativem Mandat

Die Fraktion ist zwar der verlängerte Arm der Parteien im Parlament, doch sind beide keineswegs deckungsgleich.

Die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion findet zwischen zwei Eckpfeilern des Grundgesetzes statt: **Art. 21 (Parteiendemokratie) und Art. 38 (freies Mandat)**

Beide Artikel schließen einander nicht aus, sondern stehen in einem gewollten Spannungsverhältnis zueinander, welches die innerparteiliche Diskussion und damit die innerparteiliche Demokratie stärkt.

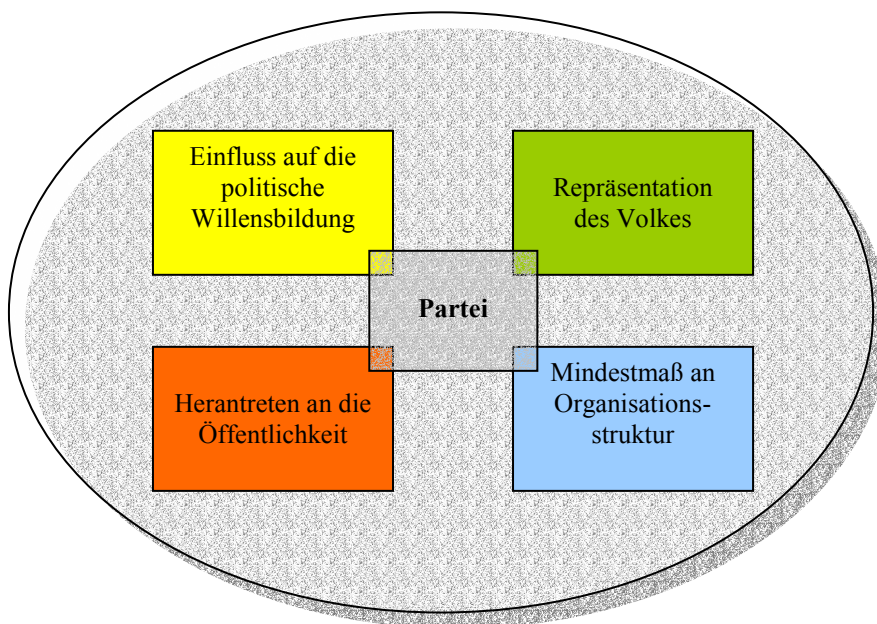
Obwohl der Abgeordnete dem Grundgesetz nach nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet ist, so ist er doch von seiner Partei abhängig, denn es ist die Partei welche ihn ins Parlament geschickt hat und von der er finanziell abhängig ist (*die Tatsache, dass Fraktionsmitglieder regelmäßige Abgaben an die Partei als „Dank für die Beschaffung des Mandats“ zahlen müssen, unterstreicht die Abhängigkeit des Abgeordneten von der Partei*). Als Gegenleistung erwartet die Partei Fraktionsdisziplin- und solidarität. Rein rechtlich verhindert aber das freie Mandat, dass die Parteien ihren Abgeordneten verbindliche Weisungen erteilen.

Sonderfall: DIE GRÜNEN. Sie binden ihre Abgeordneten fest an die Parteitagebeschlüsse (*wenn auch der Begriff „imperatives Mandat“ im Grundsatzprogramm nicht genannt wird*), d.h. sie praktizieren eigentlich ein illegitimes imperatives Mandat (Fraktionszwang). Rechtlich erlaubt sind lediglich Fraktionsdisziplin und –solidarität. Die Grenzen sind oft fließend.

- verschiedene Formen der programmatischen Äußerung
 - Grundsatzprogramme („Verfassung“ der Parteien, „Bekennnischarakter“)
 - Aktionsprogramme (formulieren konkrete Ziele auf Basis der Grundsatzprogramme)
 - Wahlprogramme (beschränken sich meist auf aktuelle Themen)
 - Regierungserklärungen (Darstellung der politischen Absichten in einem best. Zeitraum)

- Was ist eine Partei?

- eine Partei muss auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen. Dies muss sich auf einen längeren Zeitraum wie auch auf einen größeren Bereich beziehen. Politische Vereinigungen im kommunalen Sektor („Rathausparteien“) besitzen damit keinen Parteienstatus.
- eine Partei muss an der politischen Repräsentation des Volkes teilnehmen. Wählergemeinschaften, die nur die Nominierung von Kandidaten bei Wahlen bezwecken, sind daher ebensowenig Parteien wie es Bürgerinitiativen oder Verbände sind. Eine Partei muss sich mindestens alle sechs Jahre an Bundestags- oder Landtagswahlen beteiligen. Parlamentswahlen sind somit Pflicht für Parteien!
- Parteien müssen in der Öffentlichkeit hervortreten, d.h. sie dürfen nicht das Tageslicht scheuen und nach außen hin abgeschottet operieren.
- Eine Partei muss eine gewisse Organisationsstruktur (Vorstände, Satzung, etc.) sowie eine Mindestzahl an Mitgliedern aufweisen



- Das Parteiengesetz von 1967

- Es dauerte bis 1967, ehe der Gesetzgeber dem im Artikel 21 GG verankerten Verfassungsauftrag zur Schaffung eines Parteiengesetzes nachkam. Erst nachdem die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden durch das BVG verboten wurde und die Parteien dann zunehmend von staatlicher Finanzierung Gebrauch gemacht hatten und diese Praxis ebenfalls vom Bundesverfassungsgericht untersagt wurde, beschleunigten sich die Arbeiten an einem Parteiengesetz.

- Das Parteiengesetz regelt vor allem die in Art. 21 GG berührten Fragen der **innerparteilichen Demokratie** (demokratische Strukturen, kein „Führerprinzip“), der **Parteienfinanzierung** und des **Parteiverbotes**. Das Parteiengesetz ist vor allem ein Parteienfinanzierungsgesetz

Parteiengeschichte

Als in der Mitte des 19. Jahrhunderts Industrialismus und Kapitalismus einen rasanten Aufstieg nahmen (verbunden mit Säkularisierung), formierte sich zusehends Widerstand gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft; die ersten Parteien wurden gegründet („Parteien entstehen aus Konflikten“)

Vier Strömungen bildeten das Grundmuster der Parteien von der Gründungsphase bis zum Ende des Kaiserreiches: Liberale, Konservative, Katholiken und Sozialdemokraten. Die Liberalen und die Konservativen waren Honoratiorenparteien, d.h. es gab kaum formalisierte Mitgliedschaft und Programme, Organisation spielte nur für die Wahlvorbereitung eine Rolle.

Obwohl es mit dem Ende des Kaiserreiches zu einem Regimewechsel von der Monarchie zur demokratischen Republik gab, war dieser Wandel für die Parteien weniger einschneidend als man annehmen könnte. Die Weimarer Verfassung sah die Parteien nicht als Elemente der politischen Willensbildung, sondern egoistische Interessenorganisationen.

Die NSDAP kämpfte gegen die Parteien schlechthin und übernahm 1933 schließlich die Macht.

„Parteiwunder“ der Nachkriegszeit: Anerkennung der Parteien; Akzeptanz als zentrale Scharniere der politischen Willensbildung.

Trend zur Volkspartei: nach dem 2. Weltkrieg näherten sich die Parteien in ihrer programmatischen Ausrichtung immer stärker an; es kam zur Auflösung der reinen Klassenparteien; bis 1980 Konzentrationsphase der Parteien.

Die deutsche Einigung von 1990 hat im Westen wenig Veränderung in die Parteienlandschaft gebracht (Grüne, PDS).

Bei den Parteimitgliedern kann man zwischen vier verschiedenen Typen unterscheiden: der Beitragszahler, der Aktivist, der Funktionär und der Abgeordnete. Diese vier Typen sind auf jeder der vier vertikalen Stufen der Parteiorganisation aktiv, d.h. im Ortsverein, auf Kreisebene, auf Landesebene und auf Bundesebene.

Parteienverdrossenheit

Krisensymptome:

- stark sinkende Mitgliederzahlen
- sinkende Wahlbeteiligung
- sinkender Stammwähleranteil (steigender Wechselwähleranteil)
- allgemeines Desinteresse bei Jugendlichen
- schwindendes Vertrauen in die Parteien und Politiker

Die Ursachen der Krise:

- die Deutschen haben schon immer die Parteien nicht gerade geliebt
- Parteienverdrossenheit ist aber ein globales Phänomen (von den postkommunistischen Staaten einmal abgesehen), d.h. es kann nicht nur ein hausgemachtes Problem sein, sondern es muss ein allgemeiner Trend in den Industriestaaten dahinterstecken.

Wertewandel als Ursache

- materialistische Werte (Nahrung, Sicherheit, Wohlstand) werden zunehmend durch postmaterialistische Werte (sozialer, kultureller, intellektueller Art) abgelöst. Dadurch bilden sich zusehends politische und ökologische Protestbewegungen.
- in modernen Industriegesellschaften kommt es zu einer starken Individualisierung, d.h. die Gesellschaft zerfällt nicht mehr in wenige Klassen, sondern zersplittert sich in tausend Facetten. Für die Parteien bedeutet das, dass sie ihre Mitglieder immer schwieriger dauerhaft an sich binden können; „Parteien müssen heute einen Sack Flöhe hüten“. Da die Bürger moderner Industriegesellschaften auch wesentlich kritischer sind, treffen die Parteien oft von vornherein auf ein hohes Maß an Distanz. Es sind nicht die Parteien, die sich mutwillig von der Gesellschaft abkoppeln, sondern es ist die moderne Gesellschaft selber, die sich Staat und Parteien auf Distanz hält.
- Neben dem Trend zum Postmaterialismus und zur Individualisierung findet sich der Wertewandel auch in der Entwicklung zur Erlebnisgesellschaft. Der Erlebniswert von Produkten und Dienstleistungen rückt immer stärker in den Vordergrund. Für die Parteien stellt sich folgendes Problem: mit Delegiertenwahlen befriedigen sie nicht die „Erlebnishungrigkeit“ der Bürger, dies wird viel eher z.B. von Greenpeace mit spektakulären Schlauchbootaktionen getan. Generell ist ein Trend zur „Zapping-Kultur“ erkennbar.

Medienwandel als Ursache

- mit dem wachsenden medialen Angebot und dem zunehmenden Konkurrenzkampf innerhalb der Medienwirtschaft ist ein eindeutiger Trend zum Kampagnenjournalismus verbunden. Die „Enthüllung“ von „Skandalen“ wird als gewinnversprechendes Mittel zur Auflagensteigerung instrumentalisiert. Dem Enthüllungsjournalismus muss sicherlich ein großer Stellenwert in unserem heutigen politischen System zugesprochen werden, doch kann er durch Übertreibung zur allgemeinen Geringschätzung von Politikern beitragen.

Politikwandel als Ursache

- Die Politikverflechtung mit ihren tausend Querverbindungen über Kommissionen und Ausschüsse macht den Parteien zu schaffen. Die Politik ist auf verschiedensten Ebenen miteinander verflochten (Gemeinde, Land, Bund, Europa, Welt), sodass es zu Interessenkonflikten innerhalb der Volksparteien kommen muss. Die Komplexität nimmt in den modernen Industriegesellschaften ständig zu, d.h. eine Volkspartei kann nicht mehr nur mit einer Stimme sprechen. Das innerparteiliche Stimmenkonzert verunsichert aber den Bürger und führt zur Parteiverdrossenheit („Politikverflechtungsfalle“).
- Gleichzeitig stecken die Volksparteien in der „Modernisierungsfalle“, denn sie müssen die neuen Mehrheiten mit ihren traditionellen Wählermilieus verbinden.

Parteien in der Kritik

Ämterpatronage

- Die meisten Mitglieder ziehen keine Vorteile aus ihrer Mitgliedschaft, sondern opfern gegenteilig ihre Arbeitskraft und Geld für die Durchsetzung der von ihnen als richtig erkannten politischen Ziele. Dennoch geschieht in einigen Fällen der Beitritt aus Berechnung, wenn öffentliche Einrichtungen Stellung nach dem „richtigen“ Parteibuch vergeben (Ämterpatronage).
- Ämterpatronage ist für die Parteiendemokratie nachteilig, denn besonders das Ansehen von Parteien und Politikern leidet darunter.

Oligarchische Tendenzen

- Häufig wird kritisiert, die Parteien hätten sich zu weit von der Basis entfernt. Die Distanz zwischen abgehobenen Berufspolitikern in allen Parteien und dem „einfachen Volk“ sei zu groß, ein lebendiger Austausch nicht mehr möglich. Dieses Problem der Distanz betrifft auch die einfachen Parteimitglieder. Auch sie – so die Kritiker – sähen sich den Spitzenpolitikern ihrer Partei ohnmächtig gegenüber.
- Ämterhäufungen und Machtballung stellen schwerwiegende Probleme für jede große Partei dar. Eine Verbesserung des innerparteilichen Meinungsaustausches ist zum Abbau verhärteter Parteistrukturen genauso vonnöten wie eine stärkere Mobilisierung der Mitglieder.

- Oligarchische Tendenzen sind bis zu einem gewissen Grad auch die Folge mangelnder Beteiligungsbereitschaft vieler Bürger. Nur ein kleiner Teil der Wähler und Sympathisanten einer Partei ist zu einer Mitgliedschaft bereit und geht dann über den Status einer „Karteileiche“ hinaus.
- Notwendige Maßnahmen für mehr innerparteiliche Demokratie: Begrenzung von Amtszeiten, Mitwirkungsmöglichkeiten von Parteisympathisanten ohne formelle Mitgliedschaft, verstärkte Berücksichtigung von Jugendlichen in Gremien.

Bürgerinitiativen und Parteien

Unterschiede zwischen Bürgerinitiativen und Parteien:

- Bürgerinitiativen besitzen kein Mandat der Bevölkerung
- Bürgerinitiativen sind auf die Durchsetzung von Partikular-Interessen gerichtet und streben keine Repräsentation des Volkes im größeren Bereich an

Ursachen für die Entstehung von Bürgerinitiativen:

- Unbehagen gegenüber der mangelnden Bürgernähe der großen Parteien
- unzureichende Mitwirkungsmöglichkeiten auf anderen Ebenen des politischen Lebens
- Abneigung gegenüber konventionellen Formen politischer Betätigung
- schnellere Erfolgsergebnisse in Bürgerinitiativen als in Parteien
- aufgrund der allgemeineren Programmatik der Volksparteien können diese vielfach ganz spezifische Interessen nicht befriedigen

Bewertung von Bürgerinitiativen:

- Parteien und Bürgerinitiativen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen einander.
- Bürgerinitiativen sind nicht ein Krisensymptom für das politische System, sondern vielmehr Ausdruck eines gestiegenen Selbstbewusstseins der Bürger. Eine offene Gesellschaft profitiert generell von der politischen Aktivität der Menschen.
- Bürgerinitiativen orientieren sich letztendlich an den Parteien, indem sie mit ihrer Hilfe ihre Interessen in den Staat *hinein* tragen und nicht nur an ihn *heran*.

Plebiszitäre Elemente

- Plebiszite können grundsätzlich auf allen Ebenen (Parteien; Gemeinde, Länder, Bund) durchgeführt werden, d.h. bei der Bewertung plebiszitärer Elemente muss differenziert werden und auf die jeweilige Dimension geachtet werden.

Volksparteien

- Die Volksparteien sind Parteien mit einem breiten sozialen Spektrum (Wähler, Mitglieder), die in dieser Hinsicht aber durchaus Schwerpunkte aufweisen können. Die pluralistische Struktur kommt in der Existenz der Partei-„Flügel“ zum Ausdruck.
- Das vorrangige Ziel von Volksparteien ist es, so viele Stimmen auf sich zu vereinigen, dass sie die Regierung bilden können.
- Die Volksparteien verstehen sich als Parteien, die grundsätzlich für all jene wählbar sind, die keine systemsprengenden Ziele verfolgen. Sie wollen eine am Gemeinwohl orientierte Politik betreiben.

kontra Volksparteien:

- Die Bezeichnung „Volkspartei“ sei ein Widerspruch in sich, da eine Partei nicht das ganze Volk repräsentieren könne.
- Volksparteien passten sich dem Status quo an und würden die Gesellschaft nicht grundlegend umgestalten wollen. Das reale Klasseninteresse breiter Bevölkerungsteile werde nicht mobilisiert.

pro Volksparteien:

- in einer sozial nicht polarisierten Gesellschaft dürfe das Verhältnis der Parteien nicht von Feindschaft geprägt sein
- Volksparteien, die möglichst viele Wähler ansprechen wollen, müssen ihre Programmatik so weit fassen, das sich auch (bisherige) Anhänger anderer Parteien angesprochen fühlen und überzeugen lassen.
- Der massive wie dauerhafte Misserfolg der Parteien, die sich bewusst nicht als Volksparteien verstehen, bringt zum Ausdruck, dass der Wähler keine „glasklaren“ Alternativen wünscht.

Funktionen von Parteien

- Personalrekrutierung

Parteien wählen Personen aus und präsentieren sie bei Wahlen zur Besetzung politischer Ämter

- Interessenartikulation

Parteien formulieren öffentliche Erwartungen und Forderungen gesellschaftlicher Gruppen und Kräfte an das politische System

- Programmfunktion

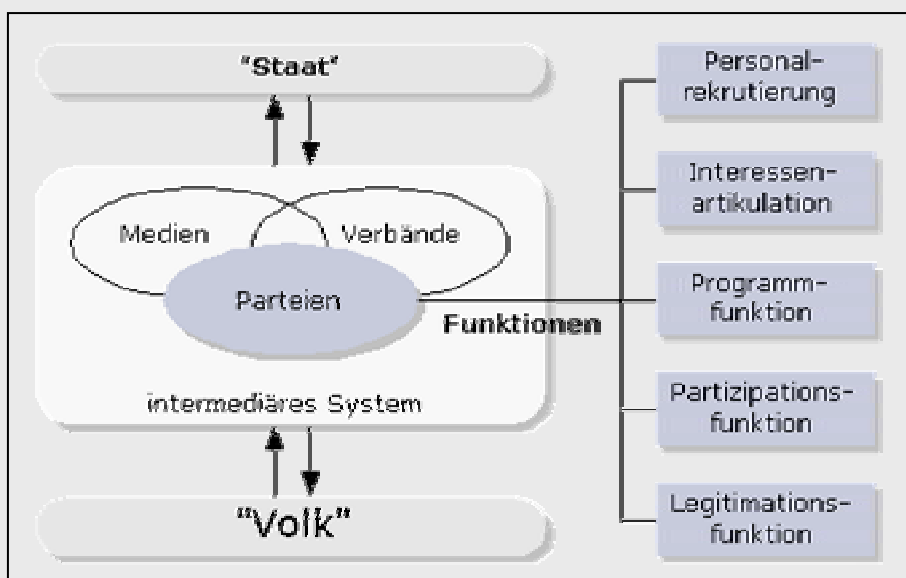
Parteien integrieren unterschiedliche Interessen in eine Gesamtvorstellung von Politik, in ein politisches Programm, für das sie um Zustimmung werben.

- Partizipationsfunktion

Parteien stellen eine Verbindung her zwischen Bürgern und politischem System, sie ermöglichen politische Beteiligung von Einzelnen und Gruppen.

- Legitimationsfunktion

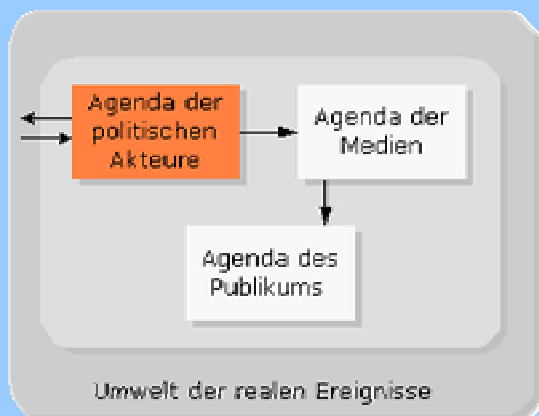
Indem die Parteien die Verbindung herstellen zwischen Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und dem politischen System, tragen sie zu Verankerung der politischen Ordnung im Bewusstsein der Bürger bei.



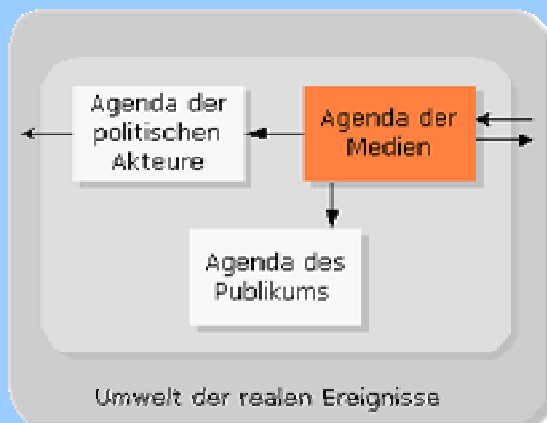
Parteien und Medien

Den Medien kommt im intermediären System eine zentrale Rolle zu, denn Politik wird heute massenmedial vermittelt. Verbände und Parteien betreiben Öffentlichkeitsarbeit, d.h. sie versuchen gezielt, die Medien zu nutzen. Dies zeigt, wie sehr die einzelnen Träger im intermediären System miteinander verflochten sind.

Drei Modelle zur Frage: Wer bestimmt die politische Agenda? Die Parteien, die Medien oder das Publikum selbst?



Das *top-down-Modell* geht davon aus, dass die politischen Akteure in Parteien und Regierungen mit ihren Entscheidungen die reale Welt beeinflussen, die Rückmeldungen aufnehmen und daraus die politische Tagesordnung formen, und sie dann an die Medien weitergeben, die sie schließlich an das Publikum vermitteln.



Das *Mediokratie-Modell* impliziert, dass die Massenmedien selbst zu einem wesentlichen Teil die öffentliche Meinungsbildung und damit die politische Agenda beeinflussen. Sie nehmen die Rückwirkungen von politischen Entscheidungen der realen Welt auf und spiegeln die Reaktionen zurück auf die Politik einerseits und das Publikum andererseits.



Das *bottom-up-Modell* postuliert, dass das Publikum selbst — die Bürger, die Wähler, die Öffentlichkeit, das Volk — die Probleme aus der realen Welt aufnimmt, damit die öffentliche Meinung und somit die veröffentlichte Meinung beeinflusst. Das Publikum prägt also sowohl direkt als auch indirekt über die Medien die Meinungen und Entscheidungen der Politiker und Parteien.

Parteien und Verbände

Kritik an der Verflechtung von Parteien und Verbänden:

- Verbände setzen hauptsächlich singuläre Interessen durch
- die Herrschaft der Verbände als „Privatregierung“?

Positive Aspekte:

- Das Netzwerk der Verbände schafft einen wesentlichen gesellschaft-wirtschaftlichen Interessenausgleich, den Parteien gar nicht erreichen könnten. Der Staat wird entlastet (bestes Beispiel: Tarifautonomie in der Bundesrepublik)
 - Interessenarbitrage durch Verbände ist ein politisches Element der friedlichen Konfliktkontrolle und damit ein fundamental demokratisches Element
-
- Ursache der Abwertung der Verbände: in Deutschland wurden zunächst die Parteien als Vertreter von Partikular-Interessen diffamiert, heute richtet sich diese Abwertung gegen die Verbände.
 - Verbände bieten den Parteien zur Befriedigung ihrer Interessen zwei Güter an: Wähler und Geld.

Identitätstheorie vs. Konkurrenztherorie

Das monistische Denkmodell

Die von Rousseau geprägte Homogenitätstheorie orientiert sich an einem einheitlichen (homogenen) Volkswillen und einem a priori vorgegebenen Gemeinwohl ("identitäre" Demokratietheorie). **Sie leugnet die Legitimität von Interessenkonflikten.** In diesem Verständnis bedeutet Demokratie **Identität von Regierenden und Regierten.** Das Repräsentationsprinzip wird grundsätzlich missbilligt: Der "Volkswille" könne nicht vertreten werden. Der demokratische Anspruch des Modells, das den politisch aktiven Bürger voraussetzt, sei nicht bestritten — die Gefahren, die ihm innewohnen, liegen jedoch offen zutage. Der Versuch nämlich, die Einheit des Staatsvolkes herzustellen, sie aufrechtzuerhalten und die unterschiedlichen Interessen zu unterdrücken, schlägt im Extremfall in totale Herrschaft um. Daher ist hierfür auch der Begriff "totalitäre Demokratie" geprägt worden. Der "Führer" oder "die Partei" setzt den einmal als richtig erkannten Gemeinwillen in die Tat um. Abweichungen und oppositionelle Strömungen gelten als Ketzerei. **Dem Volk wird sein angebliches Gemeinwohl aufoktroziert** - die Menschen sollen zu ihrem Glück gezwungen werden.

Das pluralistische Denkmodell

Die Konkurrenztheorie der Demokratie, die sich am angelsächsischen Modell ausrichtet, geht von der Existenz und Berechtigung unterschiedlicher Interessen aus. Die politische Willensbildung soll in der pluralistischen Gesellschaft durch einen **offenen Prozess der Auseinandersetzung** zwischen den heterogenen Gruppeninteressen vonstatten gehen, wobei ein Minimum gemeinsamer Überzeugung erforderlich ist. Aufgrund der Vielfalt der Meinungen und der sozialen Konflikte kann es eine absolut richtige Lösung nicht geben. Das Mehrheitsprinzip gilt daher als Grundlage für Entscheidungen. Freilich darf keine "Tyrannei der Mehrheit", die demokratische Spielregeln antastet und unveräußerliche Menschenrechte verletzt, ausgeübt werden, weil auch die Mehrheit vor Unzulänglichkeiten nicht gefeit ist. Ein ausgeprägter Minderheitenschutz bildet für dieses Demokratieverständnis einen konstitutiven Bestandteil. Die gewählten Vertreter, während ihrer Amtszeit nicht an Aufträge gebunden, stellen sich nach Ablauf der Legislaturperiode dem Votum der Wählerschaft. Damit bedeutet Demokratie in diesem Verständnis nicht Herrschaft des Volkes, sondern Herrschaft **mit Zustimmung des Volkes.** Insofern ist die Konkurrenztheorie am Repräsentationsgedenken ausgerichtet.

Plebiszite pro/contra

Demokratisches Bewußtsein und Informationsgrad der Bevölkerung viel höher als in d. Weimarer Republik	↔	schlechte Erfahrungen in der Weimarer Republik
in vielen Bundesländern sind Plebiszite möglich werden auch erfolgreich praktiziert	↔	Komplexität der Probleme auf Bundesebene ist für Plebiszite nicht geeignet
Mißbrauch kann ausgeschlossen werden, indem bestimmte Probleme (z.B. Haushalt, Außenpolitik) für Fragen nicht zugelassen werden	↔	komplizierte Sachverhalte werden zu Ja / Nein- Fragen reduziert; Entscheidungen in d. pluralist. Demokratie sind aber auf Kompromiß angelegt.
Verhinderung d. Durchsetzung v. Minderheitsinteressen	↔	aktive, gut organisierte Minderheiten könnten ihre Sonderinteressen durchsetzen
das repräsentative System wird ergänzt (Zwang für d. Parlament, sich mit die Gesellschaft bewegenden Themen auseinanderzusetzen)	↔	mögliche Tendenz, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen

Miscellaneous

- ✦ nicht die Parteien kapseln sich von der Gesellschaft ab, sondern in der Gesellschaft gibt es soziale Gruppen, die sich auf vielen Ebenen aktiver beteiligen und einmischen als andere (wie die Ähnlichkeiten eines typischen Mitglieds einer Partei und beispielsweise einer Bürgerinitiative oder Selbsthilfegruppe zeigt)
- ✦ Kritiker bezeichneten die Volksparteien als „lose verkoppelte Anarchie“, angesichts der komplizierten Gremiengestrüpp und den politischen Beziehungskisten (Seilschaften).
- ✦ Parteien sind allgegenwärtig, aber nicht allmächtig. Sie konkurrieren mit den Verbänden und Medien um die Macht.
- ✦ Von vielen Kritikern wurde und wird lediglich die Allmacht der Parteien und die Ohnmacht des Volkes thematisiert.
- ✦ Der Traum vieler Kritiker: gute Parteien, bessere Parteien, die am besten überparteilich sind und nur das Gemeinwohl im Auge haben
- ✦ Für viele Leute gelten legitime politische Auseinandersetzungen noch immer als „Parteiengezänk“. Dieses „Gezänk“ ist aber lediglich Ausdruck einer funktionierenden pluralistischen Demokratie, denn ein einheitlicher Volkswillen und ein alle befriedigendes Gemeinwohl existiert nur als Motto im Karneval. Stillschweigen herrscht lediglich in einer Diktatur.
- ✦ Die Großparteien kommen ewig zu spät, weil sie die neuen Themen nach ihren alten Regeln verarbeiten: in Gremien, Kommissionen und Vorständen
- ✦ intermediäres System: **Parteien, Verbände** (auch Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen), **Medien**. Alle drei Akteure teilen sich die Aufgabe der politischen Willensbildung. Doch während Medien und Verbände die Interessen aus dem Volk nur an den Staat herantragen, tragen die Parteien sie in den Staat hinein.
- ✦ Parteien sind in der Verfassung verankert, aber keine Staatsorgane. Dadurch wird verhindert, dass sie nicht soweit in die Staatlichkeit hervorrücken, dass sie ihre gesellschaftliche Verwurzelung verlieren und sich die Rückkoppelung an die gesellschaftlichen Interessen auflöst.
- ✦ Die Machtkontrolle in der Politik ist schon allein dadurch gegeben, dass nicht nur die Länder, der Bundesrat, die Kommunen, das Bundesverfassungsgericht, zwei Zentralbanken in Frankfurt, die europäischen Institutionen in Brüssel, die NATO, sondern auch und vor allem die Verbände und Interessengruppen aller Art sowie die Medien auf das politische Geschehen einwirken.

Weitere Dokumente zur Prüfungsvorbereitung unter
www.fernabitur.com